

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1860 –

Verbesserung der Kohärenz von EU-Agrarpolitik und Entwicklungspolitik im Rahmen der WTO-II-Verhandlungen

A. Problem

Der Antrag in der Drucksache 14/1860 fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Entwicklungsländer im künftigen WTO-Prozess stärker berücksichtigt werden. Sie soll sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene auf die verbesserte Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Agrarpolitik hinwirken. Letztlich gehe es um die schrittweise Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft. Der Marktzugang für Exportprodukte der Entwicklungsländer müsse weiter erleichtert werden. Negative Auswirkungen von Marktmaßnahmen auf die Märkte der Entwicklungsländer müssten verhindert werden, Stichwort Exportsubventionen. Es müsse anerkannt werden, dass eine erfolgreiche Liberalisierung bestimmter Voraussetzungen bedürfe. Die Entwicklungsländer müssten dabei unterstützt werden, die Implikationen möglicher neuer WTO-Regelungen einzuschätzen und ihre Interessen kompetent zu vertreten.

Auch die Anträge der Fraktion der CDU/CSU in der Drucksache 14/1664 – Für eine umfassende multilaterale Verhandlungsrunde über eine weitere Liberalisierung im Welthandel – und der Fraktion der PDS in der Drucksache 14/1834 – Zukunftsfähiger Handel und umfassende Reform der WTO – befassen sich mit dieser Problematik. Sie sind jedoch dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nicht federführend wie der Antrag in der Drucksache 14/1860, sondern nur zur Mitberatung überwiesen worden.

B. Lösung

Annahme des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/1860.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags in der Drucksache 14/1860.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/1860 – anzunehmen.

Berlin, den 19. Januar 2000

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Adelheid Tröscher
Berichterstatlerin

Siegfried Helias
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatlerin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Adelheid Tröscher, Siegfried Helias, Dr. Angelika Köster-Loßack, Joachim Günther (Plauen) und Carsten Hübner

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/1860 in seiner 63. Sitzung am 28. Oktober 1999 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und in seiner 70. Sitzung am 12. November 1999 mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS zugestimmt.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat den Antrag in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS angenommen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 gutachtlich beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS angenommen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 über den Antrag in der Drucksache 14/1860 und zugleich über die Anträge der Fraktion der CDU/CSU in der Drucksache 14/1664 – Für eine umfassende multilaterale Verhandlungsrunde über eine weitere Liberalisierung im Welthandel – und der Fraktion der PDS in der Drucksache 14/1834 – Zukunftsfähiger Handel und umfassende Reform der WTO – beraten. Die Anträge in den Drucksachen 14/1664 und 14/1834 waren dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mitberatend überwiesen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die Fraktion der SPD trug vor, dass die Agrarpolitik einen wichtigen Teil der WTO-II-Verhandlungen bilde. Die Bundesregierung setze sich zu Recht dafür ein, dass die Interessen der Entwicklungsländer im Rahmen der Verhandlungen berücksichtigt werden. Die Notwendigkeit dazu ergebe sich nicht zuletzt aus dem Kohärenzgebot. Durch den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/1860 sollten diese Position der Bundesregierung und das EU-Mandat gestärkt und der parlamentarische Rückhalt unterstrichen werden. Die Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und PDS gingen nach der Auf-

fassung der Fraktion der SPD nicht genügend auf die entwicklungspolitische Akzente ein. Die Fraktion der SPD beantragte, dem Antrag in der Drucksache 14/1860 zuzustimmen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemerkte zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU, in ihm fehle der explizite Bezug auf Sonderregelungen zugunsten der Entwicklungsländer. Diese seien aber notwendig, weil die Entwicklungsländer teilweise die bisherigen WTO-Regelungen noch nicht verkraftet hätten. Sie brauchten längere Übergangsfristen und Sonderregelungen. Der Antrag der Fraktion der PDS ignoriere bestimmte Bereiche, so die Einbeziehung der Themen Handel und Umwelt. Es fehle darin auch der Bezug auf das Verhältnis von WTO-Regeln zu multilateralen Umweltabkommen und zum Bereich der Landwirtschaftspolitik. Hinsichtlich des Themas Senkung der Exportsubventionen, das eine zentrale Forderung der Entwicklungsländer darstelle, wolle die EU den Entwicklungsländern entgegenkommen. Wenn man den Bereich völlig außer Acht lasse, was in dem Antrag der PDS der Fall sei, dann werde dies der Situation nicht gerecht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte, dem Antrag in der Drucksache 14/1860 zuzustimmen.

Die Fraktion der CDU/CSU brachte zum Ausdruck, der Antrag der Fraktion der PDS gehe zumindest von zwei falschen Voraussetzungen aus. Einmal werde gesagt, der Handlungsrahmen nationaler Politik werde eingeschränkt, man meine damit unzulässig eingeschränkt. Weiter werde gesagt, dass die WTO angeblich Entdemokratisierungsprozesse fördere. Dem könne sie schon vom Ansatz her nicht zustimmen.

Der Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalte im Grundsatz richtige Forderungen, allerdings sei er zu global. Er enthalte keinen konkreten und überschaubaren Ablaufplan und sei daher kaum zu realisieren. Der Antrag wolle zwar wirtschaftlich nachhaltige und soziale Entwicklung und die Entwicklungsländer fördern, vor dem gegenwärtigen haushaltsmäßigen Hintergrund halte man ihn allerdings nicht für durchführbar. Er habe mehr verbalen Charakter.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei der konkreteste. Gerade vor dem Hintergrund der Einsparungen sei er realistisch. Er setze nicht nur Schwerpunkte, wie die Weiterentwicklung des Welthandels, die Einbindung der am wenigsten entwickelten Länder in den Welthandel, sondern er sage auch ganz konkret, wo man im Allgemeinen helfen könne und wolle, was man in der klaren Hierarchie fordere, z. B. die Anhebung der Sozialstandards, den Zugang der Entwicklungsländer zu den neuen Technologien und die Vereinheitlichung des Anti-Dumping-Rechts. Die Fraktion der CDU/CSU beantragte, ihrem Antrag zuzustimmen und die Anträge der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der PDS abzulehnen.

Die Fraktion der F.D.P. erklärte, sie werde dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU zustimmen und die anderen beiden Anträge ablehnen.

Die Fraktion der PDS führte aus, sie werde den Antrag der Fraktion der CDU/CSU ablehnen. Aus der Sicht der PDS sei es wichtig, dass es bei dieser WTO-Runde zu keiner weiteren Liberalisierung kommt. Dies sei für die PDS die wesentliche Kernaussage. Begründen lasse sie sich damit, dass die bisherigen Auswirkungen der Liberalisierungspolitik noch gar nicht hätten umfassend in Augenschein genommen werden können, geschweige denn seien sie evaluiert worden. Dazu komme die Notwendigkeit der umfassenden Demokratisierung der WTO. Diese etwa unter Hinweis auf das Prinzip „ein Land eine Stimme“ als schon vorhanden anzusehen, halte man für unzutreffend. Die Fraktion der PDS meine, dass gerade die Forderung nach Transparenz, nach mehr Einflussmöglichkeiten von Nichtregierungsorganisationen, durchaus auch demokratische Prinzipien seien. An diesen mangle es aber bisher. Selbstverständlich setze sich die Fraktion der PDS auch dafür ein, dass es für Ent-

wicklungsländer ganz bestimmte Sonderregelungen geben solle. Dies gelte sowohl für den Zugang zu bestimmten Märkten als auch für den Schutz der eigenen Märkte. Subventionen im landwirtschaftlichen Bereich hätten auch mehr Funktionen als die, den Marktzugang zu sichern. Es gehe dabei auch um die gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Die Fraktion der PDS beantrage, ihrem Antrag zuzustimmen.

Die Bundesregierung sprach sich für die Annahme des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/1860 aus.

Der Ausschuss empfahl mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/1860 anzunehmen. Die Anträge in den Drucksachen 14/1664 und 14/1834 lehnte der Ausschuss mitberatend ab.

Berlin, den 17. Januar 2000

Adelheid Tröscher
Berichterstatlerin

Siegfried Helias
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatlerin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

